

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.09.2025

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 18:27 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

2 Nutzung der internen Meldestelle des Landkreises Merzig-Wadern nach dem Hinweisgeberschutzgesetz 2025/0540

3 Einrichtung eines „Zukunftsbüro66 – Unser Ort im Alter“ mit einem „Generationengestalter“ oder einer „Generationengestalterin“ zur Umsetzung der landesweiten Strategie „Saar66“ 2025/0546

4 Zuschussantrag des TC Merzig – Ausbau Tennisanlage für Nationalen Spiele Special Olympics Deutschland 2026 2025/0558

5 Infrastrukturförderantrag auf Gigabitförderung für noch unversorgte Bereiche 2025/0554

| | | |
|----|--|---------------|
| 6 | Integriertes Dorfentwicklungskonzept "IDEK Monbachtal" für die Stadtteile Mechern, Mondorf und Silwingen: Beschluss über den Endbericht und den Maßnahmenkatalog | 2025/0461 |
| 7 | Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) im Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“; Beschluss | 2025/0463 |
| 8 | Förmliche Festlegung des ISEK-Gebietes „Erweiterung Innenstadt“ als Sanierungsgebiet in der Kreisstadt Merzig, Kernstadt | 2025/0464 |
| 9 | Werbeanlagen- und Warenautomatensatzung "Kreisstadt Merzig", 1. Fortschreibung 1.Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange analog § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden analog § 2 Abs. 2 BauGB 2.Billigung der 1. Fortschreibung des Werbeanlagen- und Warenautomatenkonzepts 3.Beschluss der Werbeanlagen- und Warenautomatensatzung „Kreisstadt Merzig“, 1. Fortschreibung als Satzung gem. § 85 Abs. 1 Nr. 1 Landesbauordnung des Saarlandes (LBO) | 2025/0465 |
| 10 | Antrag auf Errichtung einer Gebundenen Ganztagschule an der Grundschule St. Josef Merzig sowie Einrichtung eines begleitenden Hortbetriebs zur Gewährleistung des zusätzlichen Betreuungsangebotes | 2025/0557 |
| 11 | Interessenbekundungsverfahren Fläche ehemaliger Zeltpalast in Hilbringen | 2025/0555 |
| 12 | Möglicher Verkauf einer Waldfläche in den Stadtteilen Besseringen und Merzig im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens | 2025/0336-001 |
| 13 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Aus den Reihen der Zuhörer ergibt sich eine Wortmeldung.

Herr Lorenz spricht einen Bericht aus der Saarbrücker Zeitung an, in dem zu lesen gewesen sei, dass die Stadtverwaltung für größtmögliche Transparenz und korrekte Abläufe stehe. Für ihn seien jedoch Fragen aus der Vergangenheit offengeblieben. Eine davon möchte er heute stellen.

Er habe seinerzeit dem Oberbürgermeister die Frage gestellt, warum behauptet worden sei, dass den Ortsräten pro Haushaltsjahr jeweils 5000,00 € zur freien Verfügung stehen würde. Im betreffenden Jahr sei diese Summe zwar im Haushalt eingestellt worden, dafür sei aber im Vorjahr der Haushaltssatz für einen Zaun gestrichen worden. Unterm Strich sei in diesem Jahr ein entsprechendes Defizit für den Ortsrat Besseringen entstanden. Nach kurzer Beratung habe er damals die Antwort erhalten, dass das Material bestellt worden sei.

Ein halbes Jahr später habe er nachgefragt, wann der Zaun installiert werde und warum sich die Lieferzeit des Materials so lange verzögert habe. Kurz danach sei der Zaun endlich installiert worden. In der darauffolgenden Haushaltsberatungen habe er die Frage gestellt, aus welchem Haushaltstitel die Maßnahme bezahlt worden sei. Daraufhin wurde in der Niederschrift mitgeteilt, dass diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden würde. Auf diese Antwort warte er noch immer. Er hoffe jedoch, dass es sich dabei um ein Büroversehen handelt und zeitnah korrigiert werde. Er bittet darum, diesen Punkt in der Niederschrift der heutigen Stadtratssitzung mit aufzunehmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Frage beantwortet werde. Wichtig sei jedoch, dass die Maßnahme umgesetzt worden sei.

2 Nutzung der internen Meldestelle des Landkreises Merzig-Wadern nach dem Hinweisgeberschutzgesetz

2025/0540

ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt aus, dass der Fachausschuss im Vorfeld die Zustimmung empfohlen habe.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung einer internen Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz sowie der Vereinbarung gemäß § 26 Abs. 1 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Durchführung einer internen Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) zwischen dem Landkreis Merzig-Wadern und der Kreisstadt Merzig wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 34 | 0 | 4 |

Bei der Abstimmung sind **Fraktionsvorsitzender Oehm (SPD-Fraktion)** und Stadtratsmitglied **T. Schmitt (CDU-Fraktion)** nicht anwesend.

-
- Einrichtung eines „Zukunftsbüro66 – Unser Ort im Alter“ mit einem „Generationengestalter“ oder einer „Generationengestalterin“ zur Umsetzung der landesweiten Strategie „Saar66“** 2025/0546
3 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt aus, dass es in einigen Stadtteilen bereits schon gute Formate gäbe um Senioren und Senioreninnen zusammenzubringen. Er wolle in den Stadtteilen, wo es solche Angebote noch nicht gäbe bzw. deren Angebote Unterstützung benötigen, Strukturen neu aufbauen bzw. beleben.

Hierfür sei bereits gemeinsam mit der AG-Altenhilfe, mit der vertrauensvoll und erfolgreich zusammengearbeitet werde, ein Konzept aufgebaut worden. Wie aus der Vorlage zu entnehmen sei, wolle man für die Umsetzung im Rahmen der Strategie „Saar 66“ Fördergelder beantragen und auch selbst Geld investieren.

Der Fachausschuss habe sich intensiv mit der Frage beschäftigt und Zustimmung empfohlen.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU-Fraktion) teilt mit, dass aufgrund des demokratischen Wandels und der älter werdenden „Baby-Boomer-Generation“, die Frage nach Konzepten und Projekten zur Teilhabe der älteren Generation am gesellschaftlichen Leben, zur Prävention von Pflegebedürftigkeit und zur Unterstützung zum Erhalt der Selbstständigkeit dringender denn je werde.

Schon jetzt gäbe es zahlreiche Aktionen von ehrenamtlichen Helfern und Institutionen, die sich täglich dafür einsetzen, dass ältere Menschen in unserer Stadt und den Stadtteilen nicht nur unterstützt, sondern auch aktiv in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden. Z.B. bei Seniorennachmittagen, verschiedenen Ausflügen oder Projekten, bei den Senioren im Team eingebunden werden.

Die AG Altenhilfe sei seit vielen Jahren eine tragende Säule im sozialen Gefüge der Stadt. Mit ihren vielfältigen Angeboten leiste sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Teilhabe und Lebensqualität der älteren Menschen. Mit dem Projekt „Zukunftsbüro 66“ solle nun eine zukunftsorientierte Initiative ins Leben gerufen werden, die die bereits bestehenden, vielseitigen Angebote unterstütze, weiterentwickle und verstärke.

Es sei wichtig, dass der Focus hier klar auf der Unterstützung und Erweiterung bereits bestehender Strukturen und Projekten, besonders auch in den Stadtteilen liege. Die CDU-

Stadtratsfraktion bedanke sich bei allen, die sich bereits jetzt im Rahmen der bestehenden Angebote engagieren und sei überzeugt, dass mit diesem Projekt ein wichtiger Beitrag geleistet werde.

Stadtratsmitglied Minninger (SPD-Fraktion) führt aus, dass immer mehr ältere Menschen Unterstützung benötigen. Er spreche sich für die Einrichtung „Zukunftsbüro 66“ aus, da man mit diesem Projekt Strukturen in den Dörfern schaffen könne. Dieses fördere das Leben im Alter aktiv zu gestalten, sowie Selbstständigkeit und Gesundheit zu erhalten.

Es gehe um den Aufbau von Angeboten in den Dörfern, die Stärkung von Engagement und Selbstorganisation. Wichtig sei zudem die Gewinnung von Senioren für freiwillige Aufgaben in und mit der Gemeinschaft.

Er bedanke sich bei Land, Kommunen, Parteien und Partnern der AG-Altenhilfe e.V. für ihre bisher geleistete Arbeit. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Beschluss:

Der Fachbereich Familie und Soziales wird beauftragt, mit der AG Altenhilfe e.V. ein Konzept für das Modellvorhaben zu entwickeln und gemeinsam mit der AG Altenhilfe e.V. einen Antrag zu stellen. Hierfür werden auf einer neu zu schaffenden Buchungsstelle für die Jahre 2026, 2027 und 2028 jeweils bis zu 15.000 € eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 4 Zuschussantrag des TC Merzig - Ausbau Tennisanlage für Nationalen Spiele Special Olympics Deutschland 2026 2025/0558
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage. Er sei erfreut darüber, dass die Special Olympics nächstes Jahr im Juni auch in Merzig stattfinden werden. Man werde die Sportlerinnen und Sportler in der Stadt willkommen heißen dürfen, die Tennis spielen. Dies soll auf der Tennisanlage des TC Merzig stattfinden. Damit die Sportlerinnen und Sportler gute Rahmenbedingungen vorfinden, soll die Anlage ertüchtig werden, unter anderem durch die Errichtung einer behindertengerechten Toilette. Die Maßnahme sei im Vorfeld mit dem Innenministerium und der Sportplanungskommission besprochen worden. Auch der Fachausschuss habe sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und empfohlen der Vorlage zuzustimmen. Der städtische Anteil liege bei rund 26.500,00 Euro.

Stadtratsmitglied Darimont-Doll (CDU-Fraktion) erläutert, dass es auf den ersten Blick um eine klassische Vereinsinvestition handle. Bei näherem Hinsehen zeige sich aber die besondere und große Bedeutung dieses Projektes und zwar nicht nur für den Verein, sondern auch für die Stadt Merzig im Hinblick auf die Nationalen Spiele Special Olympics. Das Tennisturnier dieser Spiele werde ausschließlich auf der Anlage des TC Merzig ausgetragen. Damit übernehme der Verein eine herausragende Rolle, aus der sich

gleichzeitig hohe Anforderungen für die Infrastruktur der Anlage ergeben. Der geplante Anbau mit einer barrierefreien Toilette und einem Sozialraum sei daher nicht nur eine Modernisierung, sondern eine Grundvoraussetzung für die Durchführung der Wettkämpfe. Als Stadt trage man die gemeinsame Verantwortung dieser besondere Veranstaltung zu ermöglichen und unseren Gästen die notwendigen Rahmenbedingungen zu bieten.

Darüber hinaus solle man nicht nur auf das kommende Jahr schauen. Perspektivisch solle beim TC Merzig ein Stützpunkt der Special Olympics im Bereich Tennis entstehen. Dadurch werde die Anlage dauerhaft genutzt und die Investition nachhaltig abgesichert. Darüber hinaus sei eine Barrierefreiheit der Sportstätte auch im Sinne der Menschen der Stadt Merzig, da sich der TC Merzig stets bei den städtischen Sport- und Freizeitveranstaltungen engagiert, zu nennen sei hier der Seniorentag der Hilbringer Seniorinnen und Senioren. Ein behindertengerechter Sanitärbereich könne in vielen Bereichen neue Möglichkeiten bieten.

Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher diesen Antrag unterstützen. Sie bedankt sich im Namen der CDU-Stadtratsfraktion beim TC Merzig für dessen überragendes Engagement.

Stadtratsmitglied Rehlinger (SPD-Fraktion) spricht sich für die Investition aus, da Sport gut für Geist und Seele, aber auch wichtig für den Teamgeist sei. Sport könne viele Sozialkomponenten vermitteln und Brücken bauen. In diesem Fall Brücken in Sachen Integration und vor allem Inklusion. Die Nationalen Spiele Special Olympics werde im Saarland ein herausragendes Ereignis werden. Nicht nur sportlich, auch touristisch, da tausende Menschen in die Region kommen werden. Dieses Projekt sei beim TC Merzig gut aufgehoben. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass der TC Merzig sehr professionell arbeite, auch über den Tellerrand hinausschau und intensiv mit anderen Vereinen zusammenarbeite.

Er sei der Meinung, dass diese Anlage auch über Special Olympics hinaus genutzt werde und dadurch eine nachhaltige Investition sei, zu der es auch Zuschüsse gäbe. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dieses Projekt unterstützen. Zudem freue man sich auf dieses tolle Event.

Stadtratsmitglied Wilhelm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt an, dass die Stadt mit dem TC Merzig einen sehr aktiven und oft positiv aufgefallenen Tennisverein habe und bekundet seine Zustimmung zu der Teilnahme an Special Olympics. Gleichzeitig bedaure er, dass die Finanzierung dafür aus Mitteln, die für den Radfahrverkehr übrigbleiben sind, erfolge. Er könne es nicht verstehen, da es in der Stadt einen aktiven AdfC gäbe, der Ideen habe, das Geld sinnvoll einzusetzen. Daher könne er dieser Aktion zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Hauptausschuss über dieses Thema und den Grund informiert worden sei. Das Geld werde zunächst aus Mitteln, für den Umbau der Trierer Straße genommen, da dieser nicht wie ursprünglich geplant im Jahr 2026, sondern auf Grund einer anderen Baumaßnahme in der Stadt, erst in 2027 durchgeführt werden könne. Der Vorsitzende fügt hinzu, dass der Grund der Verschiebung unter Verschiedenes näher erläutert werde. Momentan sei die Situation so, dass keinen genehmigten Haushalt gebe, man aber Gelder zur Verfügung stellen wolle. Daher werde der Umbau des TC Merzig aus den schon genehmigten Mitteln für den Umbau des Fahrradweges

vorfinanziert. Sobald es einen genehmigungsfähigen Haushalt gebe, werden wieder Gelder für den Umbau der Trierer Straße bereitgestellt und 2027 durchgeführt.

Beschluss:

Ein Investitionszuschuss in Höhe von 106.125 €, der voraussichtlich durch eine Bedarfszuweisung in Höhe von 79.593,75 € teilweise refinanziert wird, auf den Anbau eines Sozialraums und barrierefreier Toilette im Rahmen der Special Olympics wird dem TC Schwarz-Weiß Merzig gewährt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 38 | 0 | 2 |

-
- 5 **Infrastrukturförderantrag auf Gigabitförderung für noch unversorgte Bereiche** 2025/0554
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und teilt mit, dass der Fachausschuss im Vorfeld getagt und zugestimmt habe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Infrastrukturförderantrag für die ermittelten, hinsichtlich des Gigabit-Ausbau unversorgten Bereiche, für die kein eigenwirtschaftlicher Ausbau in Aussicht steht, beim Bund zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 6 **Integriertes Dorfentwicklungskonzept "IDEK Monbachtal" für die Stadtteile Mechern, Mondorf und Silwingen: Beschluss über den Endbericht und den Maßnahmenkatalog** 2025/0461
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt aus, dass sich die Ortsräte und auch der Fachausschuss inhaltlich mit der Vorlage befasst und letztlich auch zugestimmt haben. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen, die sich aktiv an der Erstellung der Vorlage beteiligt und das Konzept unterstützt haben.

Stadtratsmitglied Weber (CDU-Fraktion) führt aus, dass er als Ortsvorsteher von Mondorf auch im Namen seiner Kolleginnen Frau Hedwig Groß und Martina Neusius, sowie allen Mit-

gliedern der drei Ortsräte spreche. Die häufigste Frage, die von den Bürgern gestellt worden sei, sei die Frage gewesen, was das IDEK sei und wofür es gebraucht werde. Auf die Antwort „Integriertes Dorfentwicklungskonzept“ seien viele Fragen offengeblieben, die aber im Laufe des Verfahrens beantwortet werden konnten.

In diesem Zusammenhang spreche er einen herzlichen Dank an Verwaltungsmitarbeiterin Bastian aus, die während des ganzen Projekts mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe. Ebenso spreche er seinen Dank an das beauftragte Büro „agasta Umwelt“ aus. Im Konzept sei eine sehr umfangreiche Bestandsaufnahme der Ortsteile durchgeführt worden. Im Anschluss dieser Bestandsaufnahme sei die Bevölkerung direkt am Verfahren, im Rahmen von Bürgerspaziergängen durch die Orte, beteiligt worden. Zudem habe es eine gut besuchte Veranstaltung einer Mitmachwerkstatt „IDEK-Monbachtal“ im Mondorfer Bürgerhaus gegeben.

Er fügt hinzu, man solle das IDEK als Ermöglichungsprogramm und nicht als vollumfängliches Umsetzungsprogramm ansehen, da man nicht alle, durchaus sinnvolle Maßnahmen, auf Grund der knappen Kassenlage durchführen könne. Ein erstes, in die Zukunft gerichtetes Projekt zweier Orte, habe der Stadtrat bereits mit dem Ankauf eines Grundstückes zum Bau eines neuen gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für Mondorf und Silwingen auf den Weg gebracht. Er hoffe, dass noch viele dorfbürschreitende Aktionen möglich seien werden.

Alles in Allem, werde mit dem IDEK-Monbachtal ein sehr umfangreiches, 82 seitiges Zukunftspapier auf den Weg gebracht, dass es hier zu beschließen gelte.

Die CDU-Stadtratsfraktion werde dieser Vorlage zustimmen.

Stadtratsmitglied Fischer (SPD-Fraktion) spricht sich für die Vorlage aus. Das IDEK Monbachtal stelle sich als gute Chance zur Weiterentwicklung der beteiligten Stadtteile dar. Dieses sei ein sehr gutes Programm, welches helfen werde, die Lebens- und Wohnqualität in den Stadtteilen zu verbessern. Die SPD-Fraktion werde das Programm unterstützen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Integrierte Dorfentwicklungskonzept „IDEK Monbachtal“ für die Stadtteile Mechern, Mondorf und Silwingen, in Form des Abschlussberichts und des Maßnahmenkatalogs, als Grundlage für weitere städtebauliche Planungen in diesen drei Stadtteilen anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

Stadtratsmitglied Ripplinger (CDU-Fraktion) verlässt zu TOP 6 den Sitzungssaal, ist bei der Abstimmung jedoch anwesend.

-
- 7 **Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) im Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“; Beschluss**

2025/0463
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage und führt aus, dass der Bauausschuss und der Ortsrat Merzig ihre Zustimmung gegeben haben.

Stadtratsmitglied Kautenburger (SPD-Fraktion) führt aus, dass sich schon in einigen Ausschüssen und Stadtratssitzungen umfassend damit beschäftigt worden sei. Auch den Mitbürgern sei im Rahmen einer sehr gut besuchten Informations- und Beteiligungsveranstaltung viel Raum für Mitgestaltung und Ideenentwicklung gegeben worden. Das ISEK diene nunmehr als Planungsgrundlage für die Stadtentwicklung der kommenden Jahre und lebe maßgeblich von den Einflüssen der Bürgerbeteiligung und der Facharbeit im Planungsausschuss. Besonders hervorzuheben sei die einhergehende Förderungsquote von zwei Dritteln aus Mitteln der Städtebauförderung. Die SPD-Fraktion dankt der Stadtverwaltung und dem Planungsbüro für die professionelle Vorbereitung und Begleitung. Ebenso ergehe ein Dank an die Mitbürger für die vielen, konstruktiven Entwicklungsideen. Für die SPD-Fraktion sei das Konzept ein zentraler Leitfaden bzw. ein Arbeitsspapier für die kommenden Jahre. Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Zum themengleichen TOP 8 führt er vorweg aus, dass das ISEK gleichzeitig als vorbereitende Untersuchung diene, die die Kommunen gemäß Baugesetzbuch erstellen müssten, um daraus abgeleitet ein Sanierungsgebiet ausweisen zu können. Dies werde hiermit geschehen, so dass deckungs- und zeitgleich mit dem ISEK-Gebiet auch ein einfaches Sanierungsgebiet ausgewiesen werden könne. Mit der Ausweisung eines einfachen Sanierungsgebietes, würden die privaten Immobilieneigentümer in die Lage versetzt, sanierungsbedingte Aufwendungen über die Jahre steuerlich absetzen zu können. Die SPD-Fraktion stimme auch dieser Vorlage zu.

Fraktionsvorsitzende Auweiler (CDU-Fraktion) betont die Wichtigkeit des ISEK und des IDEK, da mit diesen Konzepten sowohl die Kernstadt, als auch die Dörfer nach vorne gebracht werden würden. Durch das Konzept seien nun „Pläne in der Schublade“, um diese dann mit den notwendigen Finanzmitteln zügig umsetzen zu können. Zum Punkt Sanierungsgebiet habe es schon vor einigen Wochen und Monaten umfangreiche Informationen gegeben, wo es darum gegangen sei, dass Sanierungsgebiete in der Vergangenheit Vorteile aber auch Nachteile gebracht haben, da Ausgleichszahlungen notwendig geworden sind. Bei diesem einfachen Verfahren, welches die Stadtverwaltung hier richtigerweise eingebracht habe, sei dies nicht der Fall. Man könne sanieren, ohne dass die Immobilienbesitzer mit Nachzahlungen zu rechnen haben. Abschließend Stimme die CDU-Fraktion TOP 7 und TOP 8 zu.

Beschluss:

Das ISEK mit den Ergebnissen der Vorbereitenden Untersuchungen gem. §141 BauGB wird gebilligt, die allgemeinen Ziele und Zwecke der Sanierung sowie der städtebauliche Rahmenplan (ISEK-Plan) werden beschlossen und die Kosten- und Finanzierungsübersicht wird billigend zur Kenntnis genommen.

Es wird beschlossen, das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) „Erweiterung Innenstadt Merzig“ (Kernstadt) als Grundlage für weitere städtebauliche Planungen in diesem Stadtteil anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 8 Förmliche Festlegung des ISEK-Gebietes „Erweiterung Innenstadt“ als Sanierungsgebiet in der Kreisstadt Merzig, Kernstadt 2025/0464
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage und unterstreicht, dass diese Festlegung viele Vorteile für Immobilieninhaber mitsichbringe und es in einigen Jahren keine Abrechnungsbescheide für sie geben werde. Aus diesem Grund sei bewusst ein einfaches Sanierungsgebiet ausgewählt worden, um weitere finanzielle Belastungen auszuschließen zu können.

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in das ISEK mit den Vorbereitenden Untersuchungen inkl. Rahmenplan (ISEK-Plan) sowie in den Bericht über die Gründe, die die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes rechtfertigen (im ISEK enthalten) wird beschlossen.

Die Satzung über die förmliche Festlegung des ISEK-/Sanierungsgebietes „Erweiterung Innenstadt Merzig“ in der Kreisstadt Merzig, Kernstadt, wird gem. beigefügtem Satzungstext einschließlich Lageplan beschlossen (§ 142 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 9 Werbeanlagen- und Warenautomatenatzung "Kreisstadt Merzig",
1. Fortschreibung 2025/0465
ungeändert beschlossen
- 1.Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange analog § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden analog § 2 Abs. 2 BauGB
- 2.Billigung der 1. Fortschreibung des Werbeanlagen- und Warenautomatenkonzepts
- 3.Beschluss der Werbeanlagen- und Warenautomatenatzung „Kreisstadt Merzig“, 1. Fortschreibung als Satzung gem. § 85 Abs. 1

Nr. 1 Landesbauordnung des Saarlandes (LBO)

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und führt aus, dass die Ortsräte und auch der Fachausschuss der Vorlage zugestimmt haben.

Beschluss:

Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig beschließt die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage.

Das Werbeanlagen- und Warenautomatenkonzept wird gebilligt.

Der Stadtrat beschließt den Entwurf der 1. Fortschreibung der Werbeanlagen- und Warenautomatensatzung „Kreisstadt Merzig“.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 10 Antrag auf Errichtung einer Gebundenen Ganztagschule an der Grundschule St. Josef Merzig sowie Einrichtung eines begleitenden Hortbetriebs zur Gewährleistung des zusätzlichen Betreuungsangebotes 2025/0557 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage und teilt mit, dass der Fachausschuss seine Zustimmung empfohlen habe. Er bedankt sich bei der Schule und insbesondere bei der Schulleitung, die dieses Projekt aktiv auf den Weg gebracht haben und damit, gemeinsam mit der Stadt, dafür sorge, dass es ein neues, sehr attraktives Schulbetreuungsangebot in der Stadt geben werde. Dieses Projekt mache den ohnehin schon attraktiven Schulstandort Merzig zukünftig noch attraktiver.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU-Fraktion) führt aus, dass in einer Zeit, in der Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größer werdende Rolle spielen, biete die gebundene Ganztagschule ein zukunftsweisendes Modell für die schulische Bildung. Im Gegensatz zu offenen Ganztagsmodellen sei die Teilnahme für Schülerinnen und Schüler bei einer gebundenen Ganztagschule verpflichtend, wodurch eine klare Struktur im Schulalltag entstehe. Daher biete dieses Modell mehrere Vorteile. Dazu gehörten unter anderem ein klar strukturierter Tagesablauf, feste Lernzeiten mit Pausen, Übungsphasen und kreativen Angeboten bis in den Nachmittag hinein. Diese Balance verhindere Überforderung und sorge für nachhaltiges Lernen. Des Weiteren sei eine individuelle Förderung möglich. Schüler und Schülerinnen, die Unterstützung benötigen, bekämen gezielte Hilfe, während leistungsstarke Schüler zusätzlich gefordert werden. Zudem bedeute dies bedeute Chancengleichheit für den Bildungserfolg. Hier haben alle Kinder die gleichen Voraussetzungen, unabhängig davon, wie der familiäre Hintergrund aussieht. Ein weiterer Punkt sei die Entlastung der Familien, besonders der berufstätigen Eltern. Durch die

Umsetzung der Maßnahmen aus dem Stadtchancenprogramm würden bereits jetzt die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um die höheren Anforderungen einer gebundenen Ganztagschule zu erfüllen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde den Antrag unterstützen.

Stadtratsmitglied Ney (SPD-Fraktion) stimmt den Ausführungen von Stadtratsmitglied Guckeisen zu. Die SPD-Stadtratsfraktion freue sich, dass die Möglichkeit für eine erste Grundschulganztagsschule, mit anschließender Hortbetreuung geschaffen werde. Die Grundschule St. Josef sei als einzige im Landkreis für das Startchancenprogramm ausgewählt worden. Dadurch habe sich die Möglichkeit ergeben, die Schule neu auszurichten und von einer freiwilligen Ganztagschule eine gebundene Ganztagschule zu wechseln. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze den Vorschlag und freue sich, in dieses Projekt zu starten.

Beschluss:

Die Kreisstadt Merzig beantragt als Schulträger die Errichtung einer Gebundenen Ganztagschule an der Grundschule St. Josef, der bestehende Hortbetrieb wird in eine begleitendes Betreuungsangebot zur Sicherstellung des Betreuungsanspruchs umgewandelt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

-
- 11 Interessenbekundungsverfahren Fläche ehemaliger Zeltpalast in Hilbringen 2025/0555
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage und teilt mit, dass der Ortsrat und der Fachausschuss der Vorlage zustimmt haben.

Stadtratsmitglied Darrimont-Doll (CDU-Fraktion) führt aus, dass es sich bei dem Areal des ehemaligen Zeltpalastes um ein Gelände mit besonderer Bedeutung handle. Zu einem wegen der zentralen Lage, zum anderen biete es vielfältige Möglichkeiten, die die Ausweisung im Flächennutzungsplan als Sondergebiet Sport, Freizeit und Erholung eröffne. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße das Interessenbekundungsverfahren in dieser Form ausdrücklich. Dieses eröffne die Möglichkeit qualifizierte Konzepte von Bewerbern zu prüfen und einen Bewerber auszuwählen, der langfristig und tragfähig plant und damit einen Mehrwert für die Stadt und die Region schaffe. Mit dem in der Vorlage aufgeführten gewünschten, aber auch ausgeschlossenen Nutzungsmöglichkeiten werde klar, dass das Freizeit- und Tourismusprofil der Stadt Merzig gestärkt werde. Zudem können neue Impulse für die Wirtschaft daraus entstehen. Die Vergabe auf dem Weg des Erbbaurechts sei eine gute Entscheidung. Sollte sich im Interessenbekundungsverfahren der direkte Verkauf als die ideale Lösung herausstellen, könne dieser Weg auch gegangen werden. Sie bittet darum den eingeschlagenen Weg zu unterstützen.

Stadtratsmitglied Kautenburger (SPD-Fraktion) bekundet seine Freude, dass es schon

vor der Bekanntgabe des Interessenbekundungsverfahren Anfragen an die Stadtverwaltung gegeben habe, was mit diesem Gelände passieren solle. Der Standort sei jahrelang eine Institution für die Stadt Merzig gewesen, die auch überregional einen großen Zufluss von Gästen mit sich brachte, die auch zum Essen oder einkaufen in die Stadt gekommen seien. Das Interessenbekundungsverfahren sei der richtige Weg. Dieses biete Möglichkeit die Bewerbungen in aller Ruhe, im Rahmen der Ausschussarbeit bzw. mit dem Stadtrat zu prüfen. Erbaurecht oder Verkauf seien beides Instrumente, für einen potentiellen Investor. Er freue sich, dass es jetzt offiziell losgehe. Ebenso erwarte er mit Freude den Eingang der Bewerbungen. Er hoffe, dass an diesem Standort etwas Schönes entstehe- Er sei zuversichtlich, dass ein gutes Konzept entstehen werde und die Stadt perspektivisch davon profitiere.

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch die Stadtverwaltung sehr positiv überrascht gewesen sei, dass bereits einige Interessen auf die Stadt mit konkreten Konzepten zugekommen seien. Letztendlich müsse man jedoch abwarten, ob die, die vorgesprochen haben auch ihre Konzepte einreichen.

Beschluss:

Dem Anbieten des im Sachverhalt genannten Flurstücksareals entweder als

- a) Erbaurecht oder
- b) als Verkauf

im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Festlegung der Vergabeart (Erbaurechtsvertrag oder Verkauf) das Verfahren umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

12

Möglicher Verkauf einer Waldfläche in den Stadtteilen Besseringen und Merzig im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens

2025/0336-001

ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und erklärt, warum diese Vorlage, obwohl schon einmal darüber abgestimmt wurde, heute noch einmal zur Abstimmung vorliegt. An den inhaltlichen Bestandteilen der Vorlage, der der Stadtrat im April zugestimmt habe, habe sich nichts geändert. Jedoch wird, aufgrund eines internen Missverständnisses, eine Rechtsunsicherheit befürchtet. Sollte es zu einem Interessenbekundungsverfahren kommen, werde die Stadtverwaltung intensiv und transparent über alle eingehenden Angebote informieren, so wie dies bereits in der Vergangenheit erfolgt sei.

Er verweist auf die Beschlussfassungen im Ortsrat Merzig und Ortsrat Besseringen.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) beantragt im Namen der Fraktion getrennte Abstimmung hinsichtlich der Beendigung des alten Interessenbekundungsverfahren und der Zustimmung zum Beginn eines neuen Interessenbekundungsverfahrens. Die AfD-Stadtratsfraktion stehe für Natur, Umwelt und Tierschutz. Sie sei für den Erhalt von Waldflächen. Ein gesunder Wald trage zum Wohlbefinden von Menschen, Tier und Umwelt bei. Dieser sollte für alle Menschen zugänglich sein und daher im Besitz der Stadt bleiben. Nur so sei gewährleistet, dass die Verwendung zum Wohle aller zugutekomme. Ein Verkauf würde den Haushalt nicht bereinigen. Die AfD-Stadtratsfraktion sei daher für die Einstellung des Interessenbekundungsverfahren und gegen den Beginn eines neuen Interessenbekundungsverfahrens. Das Interessenbekundungsverfahren sei nur der erste Schritt zu einem späteren Verkauf.

Der Stadtrat stimmt einstimmig (40 Ja-Stimmen) dem Antrag der AfD-Fraktion auf getrennte Abstimmung zu.

Beschluss 1:

Das mit Beschluss vom 03.04.2025 in Gang gesetzte Interessenbekundungsverfahren „Mögliches Waldverkauf in den Stadtteilen Besseringen und Merzig“ wird aufgehoben.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, dass die Grundstücke in der Gemarkung Besseringen, Flur 13 Nr. 11, Meerpuhl, groß 133.563 qm, Flur 13 Nr. 1, Heidegrube, groß 527,580 qm und Gemarkung Merzig Flur 1 Nr. 1/2, Gemeindewald, Teilfläche groß ca. 9261 qm, Flur 1 Nr. 1/8, Gemeindewald, Teilfläche groß ca. 134.491 qm in einem neuen Interessenbekundungsverfahren zu den in dem Bekanntmachungstext dargestellten Kriterien ausgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis 1:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 40 | 0 | 0 |

Abstimmungsergebnis 2:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 30 | 10 | 0 |

13 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nächsten Jahr eine große Baumaßnahme in der Stadt Merzig anstehe. Der Landesbetrieb für Straßenbau habe mitgeteilt, dass im Jahr 2026 die Hilbringer Brücke saniert werden müsse. Die Baumaßnahme werde voraussichtlich im Frühjahr 2026 stattfinden, dabei gehe man von einer längeren Baumaßnahme aus. Aufgrund dieser Sanierung werde die Hilbringer Brücke voll gesperrt. Diese Vollsperrung werde voraussichtlich zwischen sechs und acht Monaten anhalten. Den Verkehr mittels einer Ampellösung zu leiten, sei aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Aufgrund dieser Maßnahme habe sich die Stadtverwaltung dazu entschlossen keine weiteren Baumaßnahmen in der Trierer Straße durchzuführen. Die Sperrung der Hilbringer Brücke werde massive Beeinträchtigungen mit sichbringen. Im Zuge dieser Maßnahmen wolle man aber auch den Fuß- und Radfahrerverkehr auf der Brücke stärken. Der Fuß- und Radweg solle breiter werden, so dass letztendlich ein Radweg auf beiden Seiten der Brücke vorhanden sein soll, was momentan nicht der Fall sei. Auch im Bereich des Geländers soll eine moderne Beleuchtung entstehen. Zudem sollen die Versorgungsleitungen durch die Stadtwerke erneuert werden. Zugesagt worden sei, dass der Rad- und Fußgängerverkehr weiter über die Brücke erfolgen könne.

Der Vorsitzende lädt zur Einweihung des neuen Feuerwehrgerätehauses in Brotdorf am Sonntag, den 07.09.2025 ein.

Zudem informiert er über die Ortsbereisung auf Landesebene „Unser Dorf hat Zukunft“ der Stadtteile Harlingen, Bietzen und Menningen (Bietzerberg) und drückt die Daumen, dass die Stadtteile im Rahmen der Aktion eine Auszeichnung erhalten. Gleiches gelte für den Stadtteil Harlingen bezüglich des Jugendortsrats.

Stadtratsmitglied Willems (AfD-Fraktion) spricht das Thema der Rampe im Göttelbornstadion an und dass diese, wie schon mitgeteilt, nicht möglich sei. Es wird nachgefragt, ob es möglich sei, stattdessen einen Handlauf zu installieren.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies geprüft und das Ergebnis mitgeteilt werde.

Stadtratsmitglied Minninger (SPD-Fraktion) spricht die fehlende Beleuchtung im neuen Baugebiet von Brotdorf bei einer Treppe, die zur Schule führt an. Die Frage nach Aufstellung von Lampen wird gestellt.

Der Vorsitzende dankt für den Hinweis und man würde dies prüfen.

Hinweis der Verwaltung: An der besagten Treppenanlage stehen insgesamt 3 Lampen (jeweils eine am Ende und am Anfang sowie in der Mitte). Da aber noch keine Baustelle bebaut ist, brennen im Neubaugebiet noch keine Lampen. Diese werden erst eingeschalten, wenn der erste Bau begonnen hat.